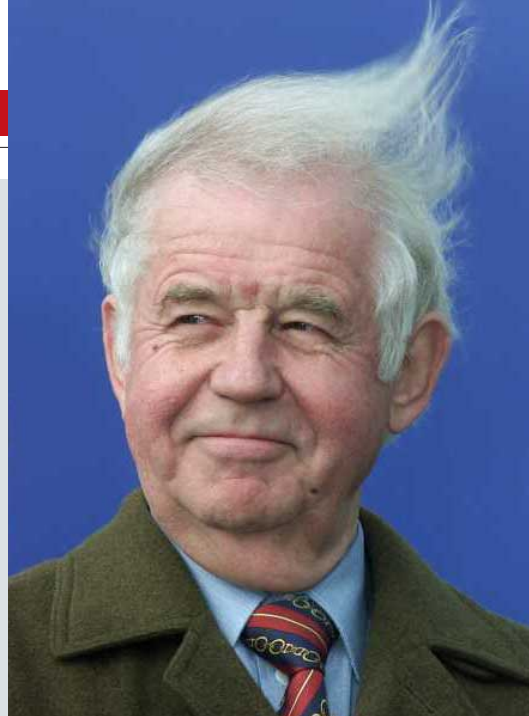


SACHSEN

## Biedenkopfs Risiko

Die öffentliche Demontage des eigenen Finanzministers und Parteifreundes Georg Milbradt könnte Sachsens Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf selbst in Bedrängnis bringen. Vorige Woche hatte Biedenkopf seinen über die Grenzen des Freistaats hinaus geschätzten Ressortchef als „miserablen Politiker“ abqualifiziert. Sobald der sein fachpolitisches Terrain verlasse, mache er „einen Fehler nach dem anderen“. Milbradt wollte daraufhin zurücktreten; Parteifreunde hielten ihn davon ab. Biedenkopf, so warnt ein Landesvorstandsmitglied, könnte die öffentliche Demontage Milbradts noch erheblichen Ärger in einer anderen Angelegenheit bereiten. Ende Februar ist der Ministerpräsident vor den Untersuchungsausschuss des Dresdner Landtags geladen. Der soll klären, ob Biedenkopf ein für das Land nachteiliges Immobiliengeschäft in Leipzig befördert hat. Profiteur war Biedenkopfs Duzfreund, der Kölner Bauunternehmer Heinz Barth (SPIEGEL 47/1996). Bisher ist die „Paunsdorf-Affäre“ an „Teflon-Kurt“ (Fraktionsspott) abgeglitten – vor allem, weil Milbradt als zuständiger Minister für die Landesimmobilien schwieg. Tut der Gescholtene das nicht mehr, hat Biedenkopf ein Problem. Denn Milbradt kennt Regierungsakten, die den Verdacht nähren, dass der Ministerpräsident gleich nach seiner Wahl im Oktober 1990 in das Millionenprojekt seines Freundes Barth eingeschaltet war – lange vor Milbradts Liegenschaftsbeamten. So bedankte Barth sich am 18. Dezember 1990 „persönlich/vertraulich“ bei Biedenkopf („Lieber Kurt-Hans“)



A. WIEGMANN / REUTERS

Biedenkopf\*

für prompte Hilfe bei der Baugenehmigung beim Leipziger Investment: „Herr Gormsen hat sich, sicher auf sanften Druck von Deiner Seite aus, sehr für uns eingesetzt.“ Einen knappen Monat zuvor hatte Barth um Hilfe beim Ankauf eines Leipziger Grundstücks in Staatsbesitz nachsuchen lassen. Biedenkopf versah das Bittschreiben mit der Bemerkung: „Hat sich erledigt.“

\* Das Foto wurde ausgewählt für den Katalog „Rückblende“ des Wettbewerbs für das beste politische Foto des Jahres 2000.

SICHERHEIT

## Auffälliges Verhalten



M. URBAN

Der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP), 50, über seine Pläne zum besseren Schutz vor Sexualverbrechern

**SPIEGEL:** Sie wollen – kurz vor der Landtagswahl – einen baden-württembergischen Alleingang beim Schutz vor rückfälligen Sexualverbrechern. Ihr niedersächsischer Amtskollege wirft Ihnen Populismus vor.

**Goll:** Wir versuchen jetzt etwas, auch angesichts jüngster Verbrechen, was auf Bundesebene bisher nicht funktioniert hat: die Möglichkeit zu schaffen, nachträglich Sicherungsverwahrung zu verhängen.

Dass gefährliche Sexualstraftäter nach ihrer Haftentlassung weiter solche Delikte begehen, kann nämlich nach der bisherigen Rechtslage selbst dann nicht verhindert werden, wenn sich dafür während der Haft eindeutige Hinweise ergeben ...

**SPIEGEL:** ... weil eine so genannte Sicherungsverwahrung im Anschluss an die Haftstrafe bisher nur zusammen mit der Verurteilung verhängt werden kann.

**Goll:** Wir wollen jetzt erreichen, dass dies auch nachträglich möglich ist. Das wird zwar bei uns in Baden-Württemberg nur

etwa zwei bis vier Fälle pro Jahr betreffen – aber ich möchte nicht den Tag erleben, an dem wir jemanden entlassen müssen, obwohl wir wissen: Der tut wieder was.

**SPIEGEL:** Anwälte sehen darin eine „Präventivstrafe“, die gegen Verfassungs- und Völkerrecht verstößt.

**Goll:** Die Sicherungsverwahrung dient immer der Prävention. Wir verschieben nur den Zeitpunkt der Beurteilung, um eine

Gesetzeslücke zu schließen. Und wir erreichen, dass die Straftäter eher zu einer Therapie bereit sind, um eben dieser nachträglichen Unterbringung zu entgehen.

**SPIEGEL:** Das Verbrechen an der sechsjährigen Alexandra Noack aus Filderstadt, deren mutmaßlicher Mörder vor zwei Wochen gefasst wurde, hätten Sie so aber nicht verhindert – das war ein Ersttäter.

**Goll:** Aber auch dieser Mann war schon als Spanner auffällig geworden. Ein solches Verhalten ist häufig wie eine Einstiegsdroge. Auch da ließe sich also etwas tun.

**SPIEGEL:** Wie?

**Goll:** Wir prüfen derzeit, ob auch Spanner unter Strafe gestellt werden könnte. Und wir werden noch vor der Wahl eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, dass Sexualtäter auch bei geringfügigeren Vergehen, wie etwa Exhibitionismus, künftig in die DNA-Kartei des Bundeskriminalamts kommen. Das wäre die beste Abschreckung, denn dann wäre das Entdeckungsrisiko 100 Prozent.



M. BENK / DDP

Grab von Alexandra Noack